



## **Es reicht! Die Zivilgesellschaft und die demokratischen Parteien müssen dem rechten Mob Einhalt gebieten!**

„Remigration“ von Migrant\*innen und deutschen Staatsbürger\*innen mit Migrationserfahrung und denen, die sich für sie einsetzen. Deportationspläne wie es die Nazis einst geplant und damit die entsetzlichsten Verbrechen der Menschheit verbrochen haben. Rechte treffen sich mit Vertretern der AfD und der Werte-Union, schmieden Pläne im Nazi-Stil und bedienen sich des nationalsozialistischen Jargons.

### **ES REICHT!**

Unsere Demokratie ist bedroht, wir müssen dieses wertvolle Gut schützen. Für uns gibt es keine „Alternative“, für uns gibt es nur den Weg, für eine lebenswerte, freie, weltoffene, diverse, demokratische Gesellschaft einzustehen.

Es ist richtig und gut, dass sich Deutschland seiner Verantwortung aufgrund seiner Nationalsozialistischen Vergangenheit bewusst ist. Unser Grundgesetz sagt: die Würde des Menschen ist unantastbar, alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. Es ist ein hohes Gut, dass wir schützen müssen: Angesichts wachsender Zustimmung für Parteien, die sich nicht auf den Boden des Rechtsstaates stellen, ist jetzt die Zeit gekommen, aufzustehen und sich den Rechten entgegen zu stellen, um unsere freiheitliche Grundordnung zu verteidigen. Wir müssen die überzeugen, die schlecht beraten sind, oder mit dem populistischen Versprechen geködert werden, es gäbe eine einfache Lösung für die komplexen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit.

Wir müssen Menschen für eine freie Gesellschaft gewinnen, die den gefährlichen Phantasien von Rechten, von Neonazis und Wutbürgern anhängen. Und wir müssen all die erreichen und überzeugen, die sich ins Private zurückgezogen haben.

Diese Entwicklungen sind nicht plötzlich über uns hereingebrochen, seit langem wissen wir, was in den rechten Bewegungen und Parteien geplant wird, die Zeitungen waren und sind voll davon und die rechte Hetze geht in Social Media viral. Auch zivilgesellschaftliche und gemeinnützige Organisationen wie die in der IFF zusammengeschlossenen Träger sind von diesen ideologischen Auswüchsen betroffen: Die AfD beantragte im Frankfurter Stadtparlament die Streichung von Mitteln für mehrere Frauenträger (u.a. das Frauenmusikbüro). Damals stellte sich eine klare Mehrheit dieser Forderung entgegen und der Antrag wurde abgelehnt.

### **JETZT IST GENUG:**

In drei ostdeutschen Bundesländern stehen Landtagswahlen an: in Brandenburg, Thüringen und Sachsen. Wir müssen verhindern, dass wir 2024 mit einer völkisch-nationalistischer Ideologie konfrontiert sind, die die Würde des Menschen beschädigt und unsere Demokratie und Menschenrechte verhöhnt.

Es müssen jetzt alle zivilgesellschaftlichen Kräfte gebündelt werden, um sich öffentlich gegen rechts zu positionieren. Wir müssen jetzt handeln!

Wir schließen uns der Demonstration am Samstag, den 20.1.2024, 13 Uhr auf dem Römerberg an.

Die 2020 gegründete Initiative Frankfurter Frauenbildungsträger (IFF) hat sich zusammengeschlossen, um politische Forderungen auf eine breitere Basis zu stellen und Lobbyarbeit für Frauenbildungsträger sowie für deren Zielgruppe, Frauen\* und Mädchen\* mit und ohne Migrationsgeschichte, zu betreiben.

Dem IFF gehören beramí, FaPrik, infrau, jumpp und VbFF an, die seit mehr als 30 Jahren ihre Erfahrung und Expertise in Frauenpolitik sowie Bildung und Integration in Frankfurt umsetzen.

Cornelia Goldstein, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, beramí berufliche Integration e.V.,  
Telefon 069 91301030, [goldstein@berami.de](mailto:goldstein@berami.de)